

Gipfelkonferenz gescheitert

Durch Chruschtschows Boykott — Eisenhower ließ sich nicht demütigen

Paris (Eigenbericht). Die Sowjetunion und die Westmächte haben am späten Dienstagabend die Gipfelkonferenz für gescheitert erklärt. In getrennt veröffentlichten Erklärungen gab jede Seite der anderen die Schuld für das Fehlschlagen des Pariser Treffens. Obwohl Chruschtschow am Nachmittag eine von Staatspräsident de Gaulle anberaumte Sitzung der vier Regierungschef boykottiert hatte, unternahmen die Westmächte bis in die Nachtstunden hinein verzweifelnde Versuche, die Konferenz doch noch zu retten. Chruschtschow bestand jedoch darauf, daß sich Präsident Eisenhower seinen demütigenden Forderungen unterwerfen müsse. Inzwischen hat die Regierung der Sowjetzone den sowjetischen Ministerpräsidenten eingeladen, bei seiner Rückkehr aus Paris Ostberlin zu besuchen.

Die Erklärungen über das Scheitern der Gipfelkonferenz wurden von Ost und West in getrennten Communiqués herausgegeben. Beide Seiten ließen jedoch durchblicken, daß sie nach wie vor zu Verhandlungen bereit seien — die Sowjetunion, wenn die Vereinigten Staaten wegen des Luftzwischenfalls Abbitte bei der Sowjetunion geleistet hätten, die Westmächte zu geeigneter Zeit in der Zukunft. Den Erklärungen war um 21.30 Uhr eine Sitzung der drei Regierungschefs vorangegangen, die schon nach 15 Minuten beendet wurde. Vorher hatte der britische Außenminister Lloyd noch einen letzten britischen Versuch unternommen, die Konferenz wieder flottzumachen. Eine Unterredung zwischen ihm und seinem sowjetischen Kollegen Gromyko verlief jedoch negativ.

Gespräche mit Ostblock

Chruschtschow hat die Einladung der Zonenregierung, nach Ostberlin zu kommen, sofort nach ihrem Empfang angenommen. Er sagte, er wolle dort seine „alten Freunde Ulbricht und Grotewohl“ treffen. Spekulationen, daß Chruschtschow in Ostberlin möglicherweise sofort einen separaten Friedensvertrag mit Panikow unterzeichnen werde, wur-

den am Dienstagabend sowohl von Diplomaten in Ostberlin als auch in alliierten Kreisen Westberlins als wenig wahrscheinlich bezeichnet. Es wurde darauf hingewiesen, daß dem formellen Abschluß eines Friedensvertrages eine Friedenskonferenz aller Ostblockstaaten vorausgehen müsse.

Neue Berlin-Drohung

Westliche Beobachter erwarten vielmehr, daß Chruschtschow seinen kommenden Berlin-Besuch dazu benutzen wird, um auf Großkundgebungen seine vom Westen abgelehnten Berlin- und Deutschland-Thesen zu wiederholen und erneut mit dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages zu drohen. Es wird jedoch für möglich gehalten, daß er mit Grotewohl und Ulbricht über die Einberufung einer Konferenz zur Vorbereitung eines Vertrages sprechen wird.

Dramatische Entwicklung

Der zweite Tag der Pariser Konferenz ist noch dramatischer verlaufen als der erste. Chruschtschow hatte am Vormittag auf den Stufen der sowjetischen Botschaft während einer improvisierten Pressekonferenz erklärt, er werde keinen Fuß in den Elysée-Palast setzen, wenn sich Präsident Eisenhower we-

gen des Luftzwischenfalls nicht entschuldige und die dafür Verantwortlichen nicht bestrafen wolle. Sollte Eisenhower auf seiner Weigerung beharren, „werden die Sowjets Paris am Mittwochnachmittag verlassen“.

Besorgnis in Bonn

Nach dieser Drohung unternahm Chruschtschow mit Verteidigungsminister Malinowski eine Landpartie nach Sezann im Departement Marne. Währenddessen traten die westlichen Regierungschefs zu der ersten ihrer drei Beratungen zusammen, die sie am Dienstag führten. Premierminister Macmillan berichtete de Gaulle und Eisenhower über seine erfolglose Aussprache mit Chruschtschow am Abend vorher. Das Ergebnis der westlichen Beratungen wurde am frühen Nachmittag bekanntgegeben: De Gaulle bat als Gastgeber die Regierungschefs, einschließlich Chruschtschow, für 15 Uhr zu einer Gipfelkonferenz in den Elysée-Palast. Eisenhower, der zusammen mit Macmillan die Einladung sofort annahm, ließ erklären, er würde das Erscheinen des sowjetischen Ministerpräsidenten als eine Zurücknahme der „Bedingungen“ Chruschtschows vom Montag sehen. Weiter hieß es wörtlich: „Der Präsident versteht die Einladung von Präsident de Gaulle dahingehend, daß das Treffen eine formelle Sitzung der Gipfelkonferenz sein soll.“ Die Entwicklung der Pariser Gipfelkonferenz wurde am Dienstag in der ganzen Welt mit einem Gefühl zwischen Furcht und Hoffnung verfolgt. Die alarmierenden Nachrichten haben das Interesse, aber auch die Besorgnis der Bevölkerung im Bundesgebiet erheblich steigen lassen.

Der Eklat

DT. Viele Nachkriegskonferenzen mit den Sowjets sind gescheitert. Aber keine bisher ist von dem, der sie gewollt, vorbereitet, hochgezogen und inszeniert hatte, so in ihrer ersten Stunde zum Tode verurteilt worden wie das Treffen in Paris. Über die Welt verbreitet sich der Eindruck, daß Chruschtschow mit dem erklärten Ziel nach Paris gefahren ist, die Verhandlungen mit der westlichen Welt zu torpedieren. Wenn wir erwartet haben, daß der Chef des Kreml die Konferenz von Paris zu einem Forum des Zweikampfes gegen die Vereinigten Staaten machen würde, so müssen wir nun sogar erkennen, daß er nicht einmal mehr den Kampf wollte, sondern nur noch Prügel austeilen wollte.

Die bestürzten Zuschauer, die Betroffenen und die Randbewohner, machen sich Gedanken über den in der Geschichte der Nachkriegspolitik einzigartigen Eklat. Wer zu solcher Methode und zu solcher Sprache greift, kann zu allem fähig sein. Wohl gehört der rasche Wechsel von heiß und kalt, von Friedensschalmei und Säbelrasseln zu den Erfahrungen, die die Weltpolitik im Umgang mit der sowjetischen Politik machen mußte. Deshalb hoffen wir auch, daß wir es bei dem Überfall Chruschtschows auf Amerika mit einer besonders eiskalten Dusche aus den östlichen Wechselbädern zu tun haben.

★

Wer sie zu verstehen sucht, kann sie vielleicht darin finden, daß Chruschtschow und die ihn treibende sowjetische Führungsschicht überzeugt worden sind, daß sie in der Berlin- und Deutschland-Frage bei Verhandlungen auf eine nicht zu durchbrechende harte Einheitsfront stoßen. Wenn dies der Grund ist — und die wohlkennbare Vorbereitung der Moskauer Aktion spricht dafür —, ist die Gefahr, die er mit einer Zeit ohne Verhandlungen heraufbeschwört, groß. Will sich Chruschtschow durch die Weigerung, zu verhandeln, die Möglichkeit für einseitige Handlungen schaf-

fen? Will er es auf sich nehmen, daß die ganze Welt in seiner Flucht aus Verhandlungen erkennt, daß er den Frieden und das Recht brechen will?

★

Chruschtschow hat den drei Regierungschefs der Westmächte, mit denen er in Paris zusammengekommen ist, die schwerste Beleidigung angetan, die es seit langer Zeit in der Weltpolitik gegeben hat. Lebten wir noch im 19. Jahrhundert, so würden in den nächsten Tagen die Kanonen brüllen. Ein Treffen mit den Führern dreier der größten Weltmächte zu veranstalten, um einen von ihnen dann vor die Wahl zwischen einem demütigen Kniefall und der Abreise zu stellen, das ist eine Herausforderung, wie sie sich nicht einmal Hitler geleistet hat.

In einer solchen Lage bleibt nichts anderes übrig als Würde, Präsident Eisenhower, der glücklicherweise von Macmillan und de Gaulle nach ihren Vorgesprächen mit Chruschtschow gewarnt worden war, hat so würdevoll wie möglich geantwortet. Für jeden vernünftigen Menschen ist ohnehin klar, was Macmillan in Paris noch einmal gesagt hat: Jede Spionage ist eine Verletzung der Souveränität der Staaten, nicht nur der Flug der amerikanischen U 2 über Rußland. Ob Eisenhower und seine Berater diese Sache in glücklicher Form behandelten, ist eine andere Frage, aber die Art und Weise, wie Chruschtschow daraus politisches und propagandistisches Kapital zu schlagen versucht, ist schon ein starkes Stück. Man hätte es Eisenhower nicht verdenken können, wenn er sofort den Saal verlassen hätte.

★

Die Westmächte hatten jedoch einen guten Grund, wenn sie nicht sofort die kaum begonnene Konferenz abbliesen. Es ist völlig offengeblieben, was die Sowjets in den sechs oder acht Monaten, die sie als Pause bis zum nächsten Treffen vorge schlagen haben, unternehmen wollen. Vielfach wird befürchtet, daß sie in dieser Zeit eine neue Berlin-Krise heraufbeschwören wollen, indem sie den lange angekündigten Separatfrieden mit

Pankow abschließen oder auf andere Weise Berlin abzuschneiden versuchen. Bewußt hat Chruschtschow die westlichen Regierungschefs darüber im unklaren gelassen. So steht der Westen heute, unter wesentlich schlechteren Vorzeichen, wieder vor derselben Drohung, die er vor einem Jahr schon einmal durchstehen mußte. Chruschtschow hat das Kunststück zustande gebracht, das Berlin-Ultimatum zu erneuern, ohne das Wort Berlin auch nur auszusprechen. Statt auf diplomatischem Wege zu verhandeln, scheidet er zu den alten Mitteln der Machtpolitik zurückkehren zu wollen, die seit Stalins Tod allmählich in Vergessenheit geraten waren.

★

Manche Beobachter in Paris neigen überhaupt dazu, das unerhörte scharfe Vorgehen Chruschtschows auf innere Schwierigkeiten in der Sowjetunion zurückzuführen. Tatsächlich ist schwer einzusehen, welche Ziele Chruschtschow damit verfolgt, daß er die mühsam zusammengeschniderte Entspannungspolitik von Jahren plötzlich auf den Schutthaufen wirft und nur noch droht und mit seinen Raketen rasselt. Ob er dafür innerussische Gründe hat, können wir nicht wissen. Darüber Klarheit zu gewinnen, hindert uns gerade die Geheimhaltung, derentwegen die Amerikaner sich gezwungen sahen, zu dem gewagten Experiment der Flüge über der Sowjetunion zu greifen. Es ist vieles Paradoxe in dieser Situation. Das Eigentümliche ist aber wohl, daß Chruschtschow in einer Zeit, in der er in seinem Lande selbst allmählich die Zügel lockerer lassen muß, den Versuch macht, das berüchtigte System der kommunistischen Selbstkritik in die Außenpolitik zu übertragen. Denn nichts anderes ist es, was er von Eisenhower in Paris verlangt hat: Der Präsident einer der größten Weltmächte sollte sich vor aller Welt selbst bezichtigen, Unrecht getan zu haben. Die Konferenz von Paris sollte Bausteine zu einer Entspannung liefern. Chruschtschows Abmarsch haben die bestehenden Spannungen gefährlich erhöht und neue geschaffen.

Berlin appelliert an Paris

Senatserklärung zur Gipfelkonferenz — Brandt im Abgeordnetenhaus

Berlin (Eigenbericht). Kurz vor der Gipfelkonferenz haben der Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus in einer Parlamentsversammlung einmütig die Entschlossenheit bekräftigt, die Freiheit Berlins mit Hilfe des Bundes und der westlichen Schutzmächte zu wahren. In einer von beiden Fraktionen gebilligten Senatserklärung sprach der Regierende Bürgermeister Brandt die feste Zuversicht aus, es werde in Paris kein Abkommen über Berlin geben, das die Rechte der Alliierten an taste, die Bindungen Berlins zum Bund beeinträchtigt und das Recht der Bevölkerung auf Selbstbestimmung ignoriere. Zusätzliche Berlin-Vereinbarungen könnten nur für beide Teile der Stadt gelten. Wörtlich erklärte er: „Es gibt keine Viermächte-Vereinbarung über Westberlin, sondern nur Viermächte-Vereinbarungen über ganz Berlin.“

Berlin, so fuhr Brandt fort, wünsche keine Verschärfung, sondern eine Entschärfung der internationalen Situation. Nur diejenigen gefährdeten den Frieden, die die Berlin-Frage künstlich hochspielten, um auf diese Weise ihre politischen Machtansprüche zu verwirklichen. Der Senat werde sich einer zusätzlichen Vereinbarung nicht verschließen, die die Grundlagen des gegenwärtigen Status von Berlin, die freiheitliche demokratische Ordnung und die wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen, finanziellen Bindungen zur Bundesrepublik unangetastet lasse. Eine etwaige zusätzliche Vereinbarung über Berlin könne nur erfolgen, wenn sie bis zur Wiedervereinigung gelte.

Einheitliche Politik

In diesem Zusammenhang betonte Brandt, der Senat habe nichts dagegen, wenn man in beiden Teilen der Stadt „solche Tätigkeiten beobachte und gegebenenfalls abstelle, die die öffentliche Ordnung stören oder den Frieden gefährden“. Man dürfe nicht vergessen, daß Ostberlin zu einem der größten Zentren kommunistischer Untergrundtätigkeit entwickelt worden sei. Auf jeden Fall müsse Berlin weiterhin die Klammer zwischen den beiden Teilen Deutschlands sein und seine Funktion als „Stadt der Begegnungen“ ausüben können.

Zu Beginn seiner fast einstündigen Rede hatte der Regierende Bürgermeister darauf hingewiesen, daß es in der Berlin-Frage über alle Parteigrenzen hinweg eine einheitliche Politik des freien Deutschlands gebe. Diese Einigkeit müsse

erhalten und erweitert werden. Die Maikundgebung vor dem Reichstag, die eine „Volksabstimmung ohne Stimmzettel“ gewesen sei, habe die Position Berlins weiter verstärkt. Der britische Außenminister Selwyn Lloyd habe ihm jetzt schriftlich versichert, solange die Berlin-Frage nicht im Rahmen einer endgültigen Regelung für Deutschland gelöst werden könne, dürfe nichts geschehen, was die Freiheit der Westberliner bedrohe. Auch Bürgermeister Amrehn und die Senatoren Hertz und Lipschitz hätten aus London, Washington und aus Paris positive Ergebnisse mitgebracht.

Die neuen Drohungen Chruschtschows wurden von Brandt scharf zurückgewiesen. Auch der sowjetische Ministerpräsident müsse erkennen, daß es eine Illusion sei, anzunehmen, Berlin und der Westen würden „eine Zwangslösung der Berlin-Frage als ein unabwendbares Schicksal hinnehmen“. „Wir wenden uns mit Leidenschaft und Entschlossenheit gegen die sowjetische Forderung, den Status von Berlin als Vorleistung für eine internationale Entspannung zu verschlechtern oder zu opfern.“ Ein separater sogenannter Friedensvertrag mit der Zone würde eine Herausforderung des gesamten deutschen Volkes sein.

SED-Regime spielt „Staat“

Für die mangelnde Legitimität des Ostberliner Regimes gebe es, erklärte Brandt weiter, keinen überzeugenderen Beweis, als den täglichen Strom der Flüchtlinge. Wörtlich fuhr er fort: „Wir werden nicht zulassen, daß diese Schande in

Vergessenheit gerät. Dieses Regime will Staat spielen, buhlt um Anerkennung und zwingt Tag für Tag, Woche für Woche Tausende von Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Wir werden und wollen nicht aufhören, Anklage zu erheben gegen dieses System des organisierten Unrechts.“

Keine Scheinlösung!

Unter wiederholtem Beifall der Abgeordneten erinnerte der Regierende Bürgermeister abschließend daran, daß eine Deutschland-Scheinlösung für Europa und die Welt einen latenten Gefahrenherd bedeuten würde. Das deutsche Volk sträube sich nicht gegen den Abschluß eines Friedensvertrages. Ein solcher Vertrag aber müsse mit deutschen Vertretern ausgehandelt und abgeschlossen werden, die legitimiert seien, für das ganze deutsche Volk zu sprechen. Er schloß mit den Worten: „Wir werden an dem als richtig erkannten Kurs festhalten und unser Berlin wieder aufbauen. Der Erfolg für unser ganzes Volk wird schließlich nicht ausbleiben.“

Nach der Senatserklärung stellte der Präsident des Abgeordnetenhauses, Henneberg, im Namen beider Fraktionen das Einverständnis des Parlaments zur Rede Brandts fest.

Täuschungsmanöver

Die Besuchsfahrten nach Potsdam

Berlin (Eigenmeldung). Der Berliner Senat bezeichnete die Erlaubnis der Sowjetzonenbehörden für zeitlich begrenzte Ausflugsfahrten von Westberlin nach Potsdam und Werder als ein Täuschungsmanöver. Derartige Aktionen der Sowjetzonenbehörden hätten schon früher unmittelbar vor internationalen Konferenzen stattgefunden und seien nach Ende dieser Konferenzen stillschweigend wieder eingestellt worden. Deshalb könne der Senat auch diese Fahrten nur als ein „dürftiges Feigenblatt“ für einen an sich unhaltbaren Zustand betrachten.

Der offene Himmel

Der Luftzwischenfall und die Gipfelkonferenz

DT. In aller Welt macht man sich Gedanken darüber, welchen Einfluß der von Chruschtschow bekanntgegebene Flugzeugzwischenfall auf die Gipfelkonferenz haben wird. Daß ein so sensibler Politiker wie Nehru ihm keine große Bedeutung beimißt, ist dabei ebenso interessant wie die Meinung des Amerikaners Harold Stassen, ein Antipode der Politik der Entspannung wolle das Gipfeltreffen torpedieren. Man hält sich wohl besser an die Tatsachen, wenn man ein Urteil über das Unbehagen finden will, das überall die von Chruschtschow so breit und aufgeregt erzählte Geschichte mit dem Flugzeug aus den USA hervorgerufen hat. Das amerikanische State Department hat gewiß keine gute Figur gemacht, als es, nach unsicherem Rätseln und Herumtappen, zugestanden hat, es bestünde die Möglichkeit, daß ein solches unmilitärisches Flugzeug sowjetischen Hoheitsraum passiert habe. Aber es war ja auch nicht leicht, dieses Knäuel von gutem und schlechtem Gewissen, von politischer Notwendigkeit und internationaler Moral, von besten Absichten und ungechickten Ausführungen denen gegenüber zu entwirren, die lauthals „Banditen“ riefen. Und eben nicht nur irgendwelche sowjetischen Polittruks oder Militärs, nein, ihrer aller Chef machte den Eindruck, daß er diesen Zwischenfall wollte. Er hieß ihn willkommen. Er begnügte sich nicht mit der Mitteilung, daß er Bescheid wußte. Chruschtschow spielte das Spektakel einer Aggression. Er tat es um so auffälliger, als er ausdrücklich sagte, dieses Flugzeug sei hoffentlich noch nicht die Aggression.

Nun, der Nationale Sicherheitsrat, den Eisenhower sofort einberufen hatte, wird nicht um dieser Moment-Situation willen drei Tage früher als beabsichtigt zusammengetreten sein. Gesprochen haben die Experten der USA natürlich über das, was ein solches Erkundungsflugzeug über dem sowjetischen Raum ausrichten kann oder nicht. Es kommt dabei sehr auf die Pläne und Phantasien an, die gerade in diesem Augen-

blick der andere hat. Niemand weiß, wie viele Maschinen vorher aufgestiegen sind, um Informationen einzuholen. Und noch viel weniger gibt es eine Statistik darüber, welche Massen von Spionen und Infiltranten zu Wasser, zu Lande und in der Luft sich im Westen von Moskau her Tag für Tag tummeln. Doch es kann für den Diktator einer Weltmacht die Stunde geben, da er den, der sich bei ihm umsieht, zum Feind stempelt.

Ist dies eine solche Stunde Chruschtschows? Für die Beantwortung dieser Frage werden wir das Gipfeltreffen abwarten müssen. Einstweilen scheint es, als hätte er dem Westen erst einmal eine Ohrfeige versetzt. So meinen vor allem die, die den Verstoß gegen das Völkerrecht durch die Amerikaner bedauern. Amerika sei durch Chruschtschow der Spionage überführt — das ist

Sowjet-Agenten in Berlin verhaftet

Berlin (Eigenmeldung). Zwei deutsche Agenten des sowjetischen Geheimdienstes konnten in Westberlin von der Politischen Polizei verhaftet werden. Beide haben von den Sowjets zur Verfügung gestelltes „Spionmaterial“ westalliierten Dienststellen übermittelt und dem sowjetischen Nachrichtendienst über Aufträge der alliierten Dienststellen berichtet. Einer der beiden, der 54jährige Buchhalter Maximilian R. aus Gotha (Sowjetzone), arbeitete bereits seit 1953 für den sowjetischen Geheimdienst und bespitzelte in diesem Auftrag seine Arbeitskollegen in einem sowjetischen Kaufhaus in der Zone. 1956 erhielt er dann den Auftrag durch den 64jährigen Gemüsegroßhändler Willy Sch., der sich 1951 nach Westberlin abgesetzt hatte und den Sowjets bekannt war, Kontakt mit einer alliierten Dienststelle aufzunehmen. Der Gemüsehändler hat dem Buchhalter außerdem Berichte über Westberliner geliefert, für die sich der sowjetische Nachrichtendienst interessierte.

die moralische Seite der Affäre. Sie ist nicht erfreulich.

Doch die Affäre hat auch noch eine andere Seite, und sie sollte den Prestige-Erfolg Chruschtschows in einen politischen Vorstoß des Westens noch eben vor der Gipfelkonferenz verwandeln. Man braucht nicht darüber nachzusinnen, wie viele unbekannt große und nicht zusammenzureimende Einzelheiten in Chruschtschows Flugzeuggeschichte noch stecken. Die Kenner werden darüber sicher noch Informationen zusammenstellen: etwa wie man aus 20 000 Meter ein Ein-Mann-Flugzeug mit einer Rakete heruntererschießen, das Flugzeug zerstören, den Piloten lebend bekommen und die gesamte empfindliche Apparatur der Beobachtungsgaräte, die Filme, die Bilder, unversehrt in die Hände bekommen kann. Es ist von sekundärer Bedeutung, wie hier vielleicht aus halben Wahrheiten ganze Entstellungen gemacht worden sind. Und es ist auch nicht einmal von erstem Rang, ob vielleicht das Zusammenspiel der Geheimdienste von Ost und West hier ein Exempel geliefert hat. Daß Aufklärungen geflogen werden in einer Zeit, die der Entschleierung des Geheimnisses der unheimlichsten Vernichtungswaffen so viel hartnäckigen Widerstand entgegensetzt, gehört zu den Schutzmaßnahmen des Westens.

Vor fünf Jahren, als zum ersten Male eine Gipfelkonferenz das sehr bald erstorbene legendäre Lächeln gebar, hatte Eisenhower mit seinem kühnen Plan vom „offenen Himmel“ den Sowjets die gemeinsame Kontrolle der Abrüstung angeboten. Die Flüge in Heimlichkeit könnten fortfallen, wenn sich die Sowjets endlich zu einem solchen Überkommen bereit fänden. Wir könnten uns von dem anrühmigen Geschäft der Spionage befreien, wenn sie sich wirklich zur Kontrolle der Abrüstung verstünden. Der Westen könnte es, wie wohl er weiß, daß die Wege der Bolschewisten in seine Bereiche auch weiterhin vielstrahlig und fast immer unerkenntlich sind. Ihm liegt nur daran, darüber informiert zu sein, was der Mann aus dem Osten für Vernichtungswaffen gegen ihn bereithält und was er bereit ist, mit ihm zusammen abzubauen.

US-Boot unter Wasser um die Welt

66 500 Kilometer in 84 Tagen — Auf den Spuren des Erdumseglers Magellan

Washington (ap/dpa). Das amerikanische Atom-Unterseeboot „Triton“ hat eine bisher einmalige nautische Leistung vollendet. Das 5450 (im Tauchzustand 7750) Tonnen große Schiff hat in 84 Tagen die Welt unter Wasser auf einer Gesamtstrecke von rund 66 500 Kilometern umfahren. Am Dienstag tauchte es vor der Ostküste der USA wieder auf. Kurz darauf nahm der von einem Hubschrauber abgeholte Kommandant des Bootes, Captain Edward Beach, im Weißen Haus in Washington aus der Hand Präsident Eisenhowers einen Verdienstorden entgegen.

Die „Triton“ folgte auf ihrer Weltfahrt in großen Zügen der gleichen Route, der Ferdinand Magellan bei seiner ersten Weltumsegelung in den Jahren 1519 bis 1522 gefolgt war. Magellan brauchte für diese Strecke damals mehr als drei Jahre.

Nur zweimal ist das U-Boot auf der ganzen Fahrt aufgetaucht: einmal vor Montevideo, wo ein erkrankter Deckoffizier dem Kreuzer „Macon“ übergeben wurde, zum zweitenmal vor der spanischen Stadt Cadix, von wo einst Magellan seine erste Weltumsegelung begonnen hatte. Beide Male blieb der Druckkörper des Bootes wie im Tauchzustand verriegelt.

Tauchrekord

Die Tauchfahrt der „Triton“ um die Erde stellt in doppelter Hinsicht eine neue Rekordleistung amerikanischer U-Boote dar. Das Boot legte eine Tauchstrecke von insgesamt 66 500 Kilometern zurück, von denen rund 49 400 Kilometer auf die Erdumschiffung entfielen. Auch zeitlich gesehen stellt diese Unterwasserfahrt eine neue Höchstleistung dar: das U-Boot blieb 83 Tage, zehn Stunden und 15 Minuten unter Wasser. Damit wurde auch der bisherige Tauchfahrtrekord des amerikanischen U-Bootes „Seawolf“ überboten, das 1953 bei einer Kreuzfahrt im Atlantik 60 Tage lang unter Wasser blieb. Tauch- und streckenmäßig wurden auch die Leistungen der Atom-

U-Boote „Nautilus“, „Skate“ und „Sargo“ übertroffen, deren Versuchsfahrten unter anderem von Hawaii unter dem Packeis des Polargebietes hindurch zum Atlantik führten.

150 Mann Besatzung

Die „Triton“ ist nicht nur das größte, sondern auch das erste Unterseeboot der Vereinigten Staaten (und vermutlich der Welt), das mit zwei Atomreak-

toren und -antriebsaggregaten ausgerüstet ist. Sie hat eine Länge von 136,25 Meter und eine Breite bis zu 11,28 Meter. Zur Zeit ihres Stapellaufs war sie fast doppelt so groß wie alle anderen amerikanischen U-Boote. Die neue Klasse der mit Polaris-Raketen ausgerüsteten U-Boote erreicht jetzt ungefähr die Größe der „Triton“, deren Normalbesatzung 150 Mann stark ist.

Foto widerlegt Raketenretter

Luftfahrtspezialist bezweifelt die Moskauer Darstellung

A. R. Paris (Eigenbericht). In den letzten Tagen sind starke Zweifel aufgetaucht, ob die sowjetische Version zutrifft, daß das amerikanische Aufklärungsflugzeug, das bei Swerdlowsk niederging, von einer Rakete abgeschossen worden ist. Politische Kreise Frankreichs setzen der sowjetischen Darstellung wachsenden Unlauben entgegen. Man sucht sie mit der Absicht Chruschtschows zu erklären, für die Gipfelkonferenz die Forderung nach Beseitigung der amerikanischen Stützpunkte, die sich wie ein Ring um die Sowjetunion ziehen, hochzuspielen.

Ein internationaler Luftfahrtspezialist, der in Paris tätig ist, hat gegenüber unserem Korrespondenten Artur Rosenberg auch starke technische Zweifel an der sowjetischen Darstellung geäußert. Wir geben im folgenden seine Stellungnahme wieder.

1. Ein Flugzeug, das durch Abschluß aus großer Höhe heruntergeholt wird (nach sowjetischen Angaben aus 20 000 Meter Höhe), fällt unfehlbar in weiter Streuung in seine Bestandteile auseinander. Das Auftreffen des Rumpfes auf dem Boden ist fast ausnahmslos mit einem Aufschlagbrand verbunden. Das sowjetische Foto, das von der U 2 verbreitet wurde, zeigt einen großen Teil der Bestandteile nebeneinander. Es ist ein Bild, das eine aus solcher Höhe abgeschossene Maschine unmöglich bieten kann.

2. Es ist fast ausgeschlossen, daß der Pilot einer von einer Rakete getroffenen Maschine die Möglichkeit findet, sich mit einem Fallschirm zu retten.

3. Geländeaufnahmen, wie es die Aufgabe der U 2 war, werden ausschließlich mit eingebauten automatischen Kameras gemacht, die dem Piloten kaum zugänglich sind. Diese Kameras sind also der Vernichtung gleichzeitig mit dem Flugzeug ausgesetzt.

4. Filmaufnahmen eines Erkundungspiloten sind nach den in allen Ländern geltenden Befehlen im Falle einer Gefahr zu zerstören. Der Pilot würde sich durch Behalten der Filme auf den ersten Blick als Spion verraten. (Chruschtschow hat die Kamera und die Filme den Mitgliedern des Sowjetrates vorgewiesen.)

5. Es ist unverständlich, daß die sowjetische Flugzeugabwehr das amerikanische Flugzeug 3000 bis 4000 Kilometer einfliegen ließ, ohne den Versuch zu machen, es durch Jäger zum Landen zu zwingen oder abzuschießen.

Bilder gefälscht

Der Konstrukteur der U-2 erklärte am Dienstag, die von Moskau veröffentlichten Bilder über den Abschluß eines amerikanischen Flugzeuges dieses Typs seien gefälscht. Konstrukteur G. L. Johnson von den Lockheed-Werken sagte, er habe

Fortsetzung auf Seite 6

„Schädliche Kleinbesitzertendenzen“

Die Kollektivierung der Landwirtschaft — Ostblockstaaten ziehen Bilanz

DT. Berlin (Eigenbericht). Die hundertprozentige Zwangs-kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone stellt auch heute noch einen Alleingang Ulbrichts dar, dessen Beflissenheit von den übrigen Volksdemokratien keineswegs geteilt wird. Der Anteil der sozialisierten landwirtschaftlichen Nutzfläche bewegt sich zwischen 52 % in Polen bis zu etwa 80 % in der Tschechoslowakei. Überall hält man aber eine Konsolidierung des Erreichten für dringlicher als neue Vorstöße gegen die noch vorhandenen Einzelbauern.

So heißt es im Budapestener „Népszabadság“ vom 14. Februar dieses Jahres unter anderem: „Die wichtigste Voraussetzung für die Bildung neuer LPG ist auch in diesem Jahr die weitere Festigung der vorhandenen LPG.“ In einem Leitartikel betont das gleiche Blatt am 12. April dieses Jahres, daß die Partei Wert lege auf die Förderung der bäuerlichen Eigenwirtschaft, da sie den Ausgangspunkt für die Steigerung der kollektiven Viehzucht bilde und wichtig sei, um die Bedürfnisse der Volkswirtschaft zu decken. Der Stand der Kollektivierung wird mit 72 Prozent angegeben.

Von einem Strukturwandel im Kolchos-System spricht die Moskauer Fachzeitschrift „Woprosy flosofi“ im ersten Heft des Jahres 1960. Sie zieht gegen die Zunahme der Hoflandkühe in scharfer Form zu Felde und schreibt: „Jede Aufblähung der Nebenwirtschaften der Kolchos-

bauern schädigt die Kolchos-Interessen. Sie schwächt die Arbeitsdisziplin und läßt bei einigen Kolchosbauern Kleinbesitzertendenzen aufkommen. Es wäre aber verkehrt, nur die Nebenwirtschaften zu kürzen, ohne die gesellschaftliche Wirtschaft in entsprechendem Maße zu erweitern, da dies für die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Kolchosbauern schädlich wäre.“

Tote Genossenschaften

Mit rund 80 % beziffert die Tschechoslowakei den Stand der Kollektivierung der Landwirtschaft. „Nowa Mysl“ schreibt dazu unter anderem: „Als unrichtig und politisch schädlich muß jedoch eine überstürzte Kollektivierungskampagne bezeichnet werden, die in Bezirken mit einer im Hinblick auf die Sozialisierung weit fortgeschrittenen Landwirtschaft durchgeführt wird, und zwar in dem Bemühen, den sozialistischen Sektor bereits in diesem oder im kommenden Jahr auf die gesamte Agrarfläche des Bezirks auszuweiten. Diese Bemühungen führen zu administrativen Maßnahmen, wobei die politische und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit außer acht gelassen wird.“

Ein besonders kritischer Maßstab wird in Polen angelegt. Der Krakauer Fachzeitschrift „Kierunki“ (Nr. 7, 1960) entnehmen wir die folgenden Gedankengänge: Wollte man die Entwicklung der Produktionsgenossenschaften nur ihrer Zahl nach beurteilen, so könnte man behaupten, daß Polen seit 1956 auf dem toten Punkt stehen geblieben ist, weil sich seitdem die Zahl der Genossenschaften auf einem fast unveränderten Niveau behauptet hat und zwar um 1800 bis 1900 Genossenschaften. Die Zeitschrift spricht

von einer Umgruppierung und Reorganisation der Kräfte. Rund 600 Genossenschaften sind in den letzten drei Jahren aufgelöst worden, es handelte sich um „tote Genossenschaften, die nur dem Namen nach Kollektivwirtschaften waren“. Die wichtigste Basis der Produktionsgenossenschaften ist zur Zeit das Gebiet von Posen-Bromberg, das etwa 38 % aller Kollektivwirtschaften bildet. Eine bemerkenswerte Feststellung, wenn man bedenkt, daß es sich dabei um die westlichen Gebiete handelt. Anscheinend glaubt man mit dieser fortschrittlichen Kollektivierung auch Ulbrichts ideologischen Vorstößen einen Riegel vorgeschoben zu haben. Wörtlich heißt es in der polnischen Zeitschrift weiter: „Die allgemeine Tendenz geht jetzt eher in Richtung auf den Ausbau der Viehzucht in der bäuerlichen Eigenwirtschaft zuungunsten der kollektiven Zucht.“

Absolut überflüssig

In einer späteren Ausgabe veröffentlicht die gleiche Krakauer Zeitschrift einen aufschlußreichen Leserbrief, den wir als symptomatisch für die polnischen Verhältnisse nachstehend im Wortlaut wiedergeben: „Die Sozialisierung des Dorfes ist absolut überflüssig. Läßt man dem Bauern beim Wirtschaften freie Hand und gibt ihm einen staatlichen Fonds, dann wird er die Wirtschaft bestimmt auf ein höheres Niveau heben. Natürlich braucht man den technischen Fortschritt auf dem Lande, aber dafür ist nicht unbedingt eine Genossenschaft notwendig. Im Westen steht der technische Fortschritt auf einem unvergleichlich höheren Niveau. Dort gibt es keine Genossenschaften, und man bemüht sich auch nicht, solche zu gründen.“

Beim Lesen derartiger Zuschriften kann man nur mit Wehmüt der Bauern in Mitteldeutschland gedenken. Eine freie Meinungsäußerung in der Art, wie sie der polnische Leserbrief darstellt, würde auch heute noch den Weg hinter die Gefängnismauern bedeuten.

Foto widerlegt Raketentreffer

Fortsetzung von Seite 5

mit seinen Experten die Bilder genau studiert und festgestellt, daß es sich um Aufnahmen eines anderen Flugzeugwracks, wahrscheinlich eines sowjetischen Bombers, handeln müsse. Auf den Bildern ließen sich keine der wesentlichen Strukturmerkmale der U-2 erkennen. Wenn außerdem das Wrack so zugerichtet gewesen sei wie das der gezeigten Maschine, sei es unwahrscheinlich, daß Chruschtschow irgendwelche Filmaufnahmen hätte vorzeigen können. Ein großer Teil des abgebildeten Wracks sei durch Feuer zerstört. Bei diesem Zustand sei anzunehmen, daß auch die Filme in den Kameras verbrannt seien.

Sowjet-Spionage beunruhigt die Schweiz

Botschaftsangestellte mußten das Land verlassen — Sicherheitsmaßnahmen getroffen

Genf (upi/dpa). Der Züricher Spionagefall hat in der Schweiz große Beunruhigung ausgelöst. Regierungskreise in Bern sprechen von dem „schwersten Fall sowjetischer Spionage seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern im Jahre 1945“. Die beiden Mitglieder der sowjetischen Botschaft in Bern, die am späten Dienstagabend in einem Züricher Restaurant festgenommen worden waren, haben am Donnerstag mit einem tschechoslowakischen Flugzeug die Schweiz verlassen. In der Passagierliste sind ihre Namen mit Modin und Frolow angegeben. Die schweizerische Regierung hat inzwischen schärfere Sicherheitsmaßnahmen gegen Diplomaten des Ostblocks angeordnet.

Die Schweizer Bundesregierung hat bis jetzt nur eine kurze Verlautbarung über den Spionagefall herausgegeben, bei dem wesentliche Geheimnisse der schweizerischen Landesver-

tränen, von denen einer erst seit März in der Schweiz Dienst tat.

Schwierige Vernehmung

Obwohl die Schweizer Regierung strengste Geheimhaltung angeordnet hat, verlautet von seiten der Polizei, die beiden sowjetischen Botschaftsangehörigen seien am Dienstag in einem Volkswagen nach Zürich gefahren, wo sie sich zu dem vereinbarten Treffpunkt begeben hätten. Dabei seien sie von der Polizei beobachtet worden, die inzwischen vom Außen- und vom Justizministerium die Erlaubnis zum Eingreifen erhalten hatte. Die Sowjetbürger seien festgenommen und während der Nacht lange Zeit verhört worden. Die Vernehmung der Diplomaten wurde als „sehr schwierig“ beschrieben. Sie hät-

ten darauf bestanden, daß sie in einem völlig legalen Auftrag nach Zürich gekommen seien. Die Schweizer Behörden hielten das Beweismaterial jedoch für ausreichend genug, um die Diplomaten zum Verlassen des Landes innerhalb von 24 Stunden aufzufordern.

Überbesetzte Botschaften

In der Schweizer Presse wurde der Affäre um so mehr Bedeutung beigemessen, als sich die Parallele zu dem Abschluß eines amerikanischen Flugzeuges über der Sowjetunion anbot. Es wurde auch darauf verwiesen, daß in den früheren Spionagefällen immer nur Diplomaten sowjetischer Satellitenländer, wie etwa der Tschechoslowakei, nicht aber Angehörige der sowjetischen Botschaft verwickelt gewesen seien. Es wird in diesem Zusammenhang als ein Mißstand bezeichnet, daß die diplomatischen Missionen der kommunistischen Staaten ein umfangreiches diplomatisches Personal besitzen, als sie für ihre eigentlichen Aufgaben benötigen. Besonders umfangreich ist das Personal der rotchinesischen Botschaft, in der es mehrere Dutzend Diplomaten gibt.

Peinlich . . .

Paris (dpa). Ein peinlicher Irrtum ist der Redaktion der „Humanité“, des Zentralorgans der kommunistischen Partei Frankreichs, bei der Illustrierung einer Artikelserie über den „westdeutschen Militarismus“ unterlaufen. Mit der Unterschrift „Die Uniform hat gewechselt. Aber der Rest? — Soldat der Bundeswehr“ erblickt der staunende Leser des Kommunistenblattes das Bild eines stramm sein Gewehr präsentierenden Soldaten, der unverkennbar Uniform und Stahlhelm der — sowjetzonalen „Volksarmee“ trägt.

Politische Beobachter in der französischen Hauptstadt erwarten, daß die Redaktion der „Humanité“ wegen dieses Bildes einigen Ärger mit ihren Genossen in Ostberlin bekommen wird.

teidigung, vor allem Daten über Radaranlagen und den Aufbau der Armee, verraten wurden. Die beiden Sowjet-Spione erhielten auch Angaben über Raketenabschlußbasen in der Bundesrepublik. Über die Personen der ausgewiesenen Diplomaten wurde bisher nur bekannt, daß es sich um junge Sekretäre der Botschaft in Bern gehandelt

Pankow ist Hauptauftraggeber

16 000 Ostagenten in der Bundesrepublik

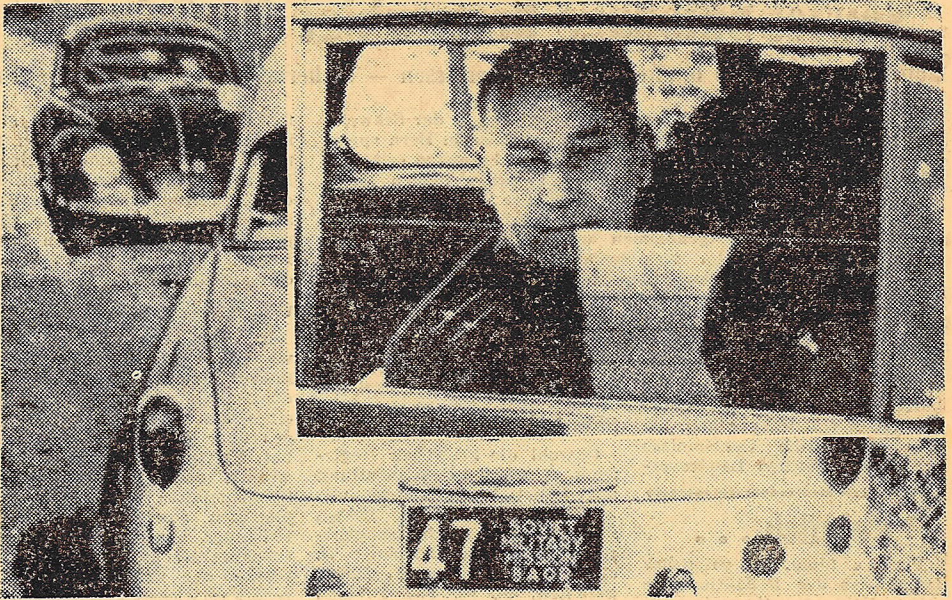
Bonn (upi/Eigenmeldung). In der Bundesrepublik und Westberlin arbeiten etwa 16 000 Agenten der Staaten des Ostblocks, wie ein Sprecher des Bundesinnenministeriums mitteilte. Die Schätzung stützt sich auf Aussagen geflüchteter Geheimdienstfunktionäre und die Analysen der Abwehrstellen der Bundesrepublik. Etwa 80 Prozent der Agenten gehören sowjetzonalen und 20 Prozent den übrigen östlichen Nachrichtendiensten an.

Nach Angaben des Sprechers wurden 1958 insgesamt 204 und im vergangenen Jahr 264 Agenten festgestellt, die im direkten Auftrag der Sowjetunion han-

delten. Für die Sowjetzone führten 1958 insgesamt 566 und 1959 2325 erkannte Agenten 2780 bzw. 8234 Spionageaufträge aus. Allein im ersten Vierteljahr 1960 kam man 588 Agenten des Sowjetblocks auf die Spur.

Rechtskräftig verurteilt wurden von 30. August 1951 bis zum 31. Dezember 1959 insgesamt 1799 Agenten. 16 500 gingen straflos aus, weil sie sich rechtzeitig meldeten. Diese hohe Zahl scheint damit zusammenzuhängen, daß die meisten Agenten des SSD zu ihrer Spionagetätigkeit gepreßt werden, diese aber den Gang zur westdeutschen oder Westberliner Polizei der Ausführung ihrer Aufträge vorziehen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2



BILDER DER WOCHE. Oben: 16 000 Ostagenten arbeiten in der Bundesrepublik. Unser Bild zeigt einen sowjetischen Oberstleutnant, der mit seinem Wagen von Angehörigen der Bundeswehr gestellt wurde. — Unten: In bibliophile Kostbarkeiten vertieft! Alt-Bundespräsident Heuss in der Universität von Jerusalem.

